

Pressemitteilung

WINDFORCE-Konferenz 2026: Klare Forderungen für den beschleunigten Ausbau der Offshore-Windenergie

Bremerhaven, 18. März 2026 – Mehr als 260 Expertinnen und Experten der Offshore-Windenergiebranche kommen am 18. und 19. März in Bremerhaven zur WINDFORCE-Konferenz 2026 zusammen. Unter dem Motto „Morgen ist heute – für saubere Energie und klare Zukunft“ setzt die Konferenz ein deutliches Signal: Der Ausbau der Offshore-Windenergie muss entschlossen vorangetrieben werden – mit verlässlichen politischen Rahmenbedingungen und klaren Investitionsperspektiven.

Die Offshore-Windenergie ist heute eine tragende Säule der Energiewende und leistet mit rund 10 Gigawatt installierter Leistung bereits einen wichtigen Beitrag zur klimafreundlichen und unabhängigen Energieversorgung Deutschlands. Mit Blick auf die aktuellen geopolitischen Herausforderungen unterstreicht die Branche die strategische Bedeutung der Offshore-Windenergie für eine resiliente, sichere und unabhängige Energieversorgung in Europa. Gleichzeitig macht die Branche deutlich: Um die Ausbauziele von 30 Gigawatt bis 2030, 40 Gigawatt bis 2035 und 70 Gigawatt bis 2045 zu erreichen, ist eine deutliche Beschleunigung notwendig.

Im Fokus der Konferenz stehen zentrale Herausforderungen wie der Netzausbau, die Weiterentwicklung von Ausschreibungs- und Regulierungsmodellen, stabile Lieferketten sowie der Ausbau der Hafeninfrastruktur. Auch Themen wie Cybersicherheit, Schutz kritischer Infrastrukturen und Rettungskonzepte für zunehmend weiter entfernte Offshore-Anlagen gewinnen an Bedeutung.

Ein klares Signal kommt aus der Branche in Richtung Politik: Noch im Jahr 2026 wird eine weitere Offshore-Ausschreibung benötigt, um Planungssicherheit für Unternehmen zu gewährleisten, Investitionen abzusichern und die industrielle Wertschöpfung entlang der gesamten Lieferkette zu stabilisieren.

Zudem fordern Branchenvertreter, die Flächenplanung stärker am tatsächlichen Energieertrag auszurichten. Ziel müsse es sein, Offshore-Windparks mit hohen Volllaststunden zu realisieren, um Effizienz zu steigern und langfristig die Stromkosten zu senken.

Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf der Sicherung industrieller Wertschöpfung in Deutschland und Europa. Insbesondere beim Bau von Offshore-Netzinfrasturktur sehen Branchenvertreter Handlungsbedarf, um mehr Fertigungskapazitäten in Europa zu halten und den Wettbewerb zu stärken.

Die Konferenz beleuchtet außerdem die wachsende Bedeutung der Offshore-Windenergie für die Produktion von grünem Wasserstoff, der als Schlüsseltechnologie für die Dekarbonisierung der Industrie gilt.

Hochrangige Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, Verwaltung und Branche werden auf dem Podium vertreten sein, darunter Bremens Bürgermeister und amtierender Bundesratspräsident Dr. Andreas Bovenschulte, der niedersächsische Ministerpräsident Olaf Lies, der Präsident der Bundesnetzagentur Klaus Müller, der Präsident des Bundesamts für Seeschifffahrt und Hydrographie (BSH) Prof. Helge Heegewaldt und die CEO's der Netzbetreiber Tennet, 50Hertz und Amprion sowie der Betreiber RWE, Total Energies, Luxcara und Iberdrola.

Veranstaltet wird die WINDFORCE-Konferenz vom Windindustrie- und Wasserstoffverband WAB e.V., der die Interessen der gesamten Wertschöpfungskette vertritt.



Pressemitteilung

Über die WAB e. V.:

Die WAB ist bundesweiter Ansprechpartner für die Offshore-Windindustrie, das Onshore-Netzwerk im Nordwesten und fördert die Produktion von grünem Wasserstoff aus Windstrom. Dem Verein gehören rund 250 kleinere und größere Unternehmen sowie Institute aus allen Bereichen der Windindustrie, der maritimen Industrie, der entstehenden Wasserstoffwirtschaft sowie der Forschung an. Wir vertreten über unsere Mitglieder rund 160.000 Fachkräfte. Der Windindustrie- und Wasserstoffverband WAB e.V. setzt sich als Stimme der Wertschöpfungskette für Klimaschutz mit „grüner“ Energie als Elektronen und Moleküle ein.

Pressekontakt:

Knut Kiesow

Clustermanager für politische Kommunikation

knut.kiesow@wab.net

T: 0471/ 3917 721

M: 0160/ 2552376

Anhang: Zitate zur Pressemitteilung

Jens Assheuer, Vorstandsvorsitzender WAB e. V.:

„Die Offshore-Windenergie ist längst eine tragende Säule der Energiewende – sie stärkt Versorgungssicherheit, schafft industrielle Wertschöpfung und reduziert unsere Abhängigkeit von fossilen Importen. Doch wenn Deutschland seine Ziele von 30, 40 und 70 Gigawatt erreichen will, muss der Ausbau deutlich beschleunigt werden. Dafür brauchen wir vor allem eines: Planungssicherheit. Eine weitere Offshore-Ausschreibung noch im Jahr 2026 ist entscheidend, damit Investitionen, Projekte und Lieferketten nicht ins Stocken geraten. Gleichzeitig müssen wir umdenken: Nicht die installierte Leistung allein zählt, sondern der tatsächliche Energieertrag. Offshore-Windparks sollten so geplant werden, dass sie wieder über 4.000 Vollaststunden erreichen. Und schließlich gilt: Der Ausbau darf nicht nur klimapolitisch, sondern muss auch industriepolitisch ein Erfolg sein. Mehr Wertschöpfung, mehr Arbeitsplätze und mehr Kompetenz müssen in Deutschland und Europa bleiben. Wenn uns das gelingt, kann die Nordsee zu einem der wichtigsten Energiezentren Europas werden.“

Dr. Andreas Bovenschulte, Bundesratspräsident und Präsident des Senates der Freien Hansestadt Bremen:

„Die Offshore-Windenergie ist von zentraler Bedeutung für eine stabile, wettbewerbsfähige und klimaneutrale Energieversorgung. Die weltpolitische Lage und die volatilen Energiepreise zeigen deutlich, dass der Offshore-Ausbau schneller voranschreiten muss. Gleichzeitig müssen wir unsere industrielle Basis vor Ort stärken und Arbeitsplätze sichern. Jetzt kommt es darauf an, das Ausschreibungsdesign anzupassen und verlässliche Rahmenbedingungen für Investitionen zu schaffen. Die Bundesregierung sollte zügig das Windenergie-auf-See-Gesetz novellieren und in die notwendige Infrastruktur investieren. Wir können uns keinen weiteren Ausbau-Stillstand erlauben.“

Pressemitteilung

Olaf Lies, Ministerpräsident des Landes Niedersachsen:

„Die Offshore-Industrie steht für den Anspruch, Versorgungssicherheit, Meeresumweltschutz, Klimaschutz und Wirtschaftlichkeit miteinander zu verbinden. Sie ist ein Rückgrat einer verlässlichen und nachhaltigen Energieversorgung – aber auch ein Gradmesser dafür, ob wir mit dem Ausbau erneuerbarer Energien und seiner regionalen Wertschöpfung wettbewerbsfähig sein können. Der Ausbau der Offshore-Windenergie ist ein Teil der Lösung für eine saubere und unabhängige Energieversorgung, aber er ist kein Selbstläufer. Er braucht Verlässlichkeit und den Willen, Lösungen gemeinsam zu entwickeln. Niedersachsen übernimmt dabei seit Jahren Verantwortung – im Schulterschluss mit den Küstenländern, mit dem Bund und mit der maritimen Industrie.“

Dr. Christoph Ploß, Koordinator der Bundesregierung für Maritime Wirtschaft und Tourismus, Bundesministerium für Wirtschaft und Energie:

„Die Offshore-Windenergie ist ein wichtiger Eckpfeiler einer resilienten, europäischen Energieversorgung. Sie stärkt aber vor allem auch unsere industrielle Basis. In einer Welt, die zunehmend von geopolitischen Unsicherheiten geprägt ist, müssen wir in Deutschland und in Europa unsere Energie- und Industriepolitik nachhaltig, diversifiziert und unabhängig ausrichten. Das garantiert die Resilienz unserer Wirtschaft. Offshore-Wind bietet uns genau diese Chance. Die Offshore-Windindustrie ist ein mächtiger Motor für die maritime Wirtschaft und ein Katalysator für Industrien entlang der gesamten Wertschöpfungskette. Besonders in den Küstenbundesländern sehen wir großes Potenzial, Arbeitsplätze zu schaffen und industrielle Kompetenz zu bündeln. Offshore-Projektierer, Netzbetreiber und die Zuliefererindustrie brauchen Planungs- und Investitionssicherheit. Wir wollen noch in diesem Jahr das Windenergie-auf-See-Gesetz einer umfassenden Novellierung unterziehen, um im Jahr 2027 mit einem überarbeiteten Investitionsrahmen zu starten. Für die Offshore-Branche ist das Jahr 2026 ein entscheidendes Jahr der Neuausrichtung.“

Fotos:

1. Jens Assheuer, Bildnachweis: WAB e.V.
2. Dr. Andreas Bovenschulte, Bildnachweis: Pressestelle des Senats, Freie Hansestadt Bremen
3. Olaf Lies, Bildnachweis: Niedersächsische Staatskanzlei/Ole Spata
4. Dr. Christoph Ploß, Bildnachweis: WAB e.V.